Prüfungshandlungen vor Einleitung von Ermittlungsverfahren ad absurdum erscheinen und bestärkt die verantwortlichen Leiter und die Mitarbeiter in den Untersuchungsorganen des MfS in ihrer Überzeugung von der Parteilichkeit, Objektivität, Wissenschaftlichkeit und Gesetzlichkeit in der Untersuchungsarbeit des MfS vor der Einleitung von Ermittlungsverfahren«

In Anknüpfung an die Forschungsergebnisse "Grundlegende Anforderungen und Wege" ¹ bezieht sich die weitere Darlegung insbesondere auf die Stellung der Untersuchungshandlungen außerhalb des Ermittlungsverfahrens im Strafprozeß der BRD. Die de facto in der Strafverfolgungspraxis der BRD existierende Prüfungsphase vor der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens unterliegt keiner gesetzlichen Regelung. Die Erlangung des Anfangsverdachts einer evt. vorliegenden Straftat spielt strafprozessual keine Rolle. Die ²Prüfungshandlungen unterliegen keiner Regelung. Davon ausgehend werden systembedingt, forciert durch die Interessen der herrschenden Monopol- und Finanzkreise vor allem zwei Tendenzen immer deutlicher. Zum einen handelt es sich dabei um eine immer größere Ausweitung der Untersuchungs- und Ermittlungsbefugnisse der Polizei und der anderen Untersuchungsbehörden, einhergehend mit einem gleichzeitigen Abbau der Kontrollmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft und mit einer Beschneidung der subjektiven Rechte der von den Maßnahmen Betroffenen.

Die Vorschrift des § 163 der StPO der BRD ³ gewährt der Polizei selbständige Befugnisse zu Ermittlungen im Strafverfahren. ¹

¹ Zank u. a. "Grundlegende Anforderungen und Wege zur Gewährleistung der Einheit von Parteilichkeit, Objektivität, Wissenschaftlichkeit und Gesetzlichkeit in der Untersuchungsarbeit des MfS im Ermittlungsverfahren" Dissertation, WS oOOI MfS DHS 233/81, S. 222 ff.

² Strafprozeßordnung (StPO der BRD) vom 1. Februar 1977 (RGBl. 253, BGBl. III 312 - 2) i. d. F. vom 7. Januar 1975 (BGBl. I 129, 550), letztes ÄndG vom 1. Februar 1979 (BGBl. I 127); Vgl. § 160 I.

³ StrafProzeßordnung (StPO der BRD), a. a. .0., § 163 I lautet: Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes haben Straftaten zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten.